



# PRESSEBERICHT

TELEGRAMM-ADRESSE: INTRANSFE-AMSTERDAM  
SITZ: AMSTERDAM (HOLLAND) VONDELSTRAAT 61  
FERNSPRECHER 80186

DIESER PRESSEBERICHT ERSCHEINT ZWEIWÖCHENTLICH IN DEUTSCHER,  
ENGLISCHER, FRANZÖSISCHER, SCHWEDISCHER UND SPANISCHER SPRACHE,  
SOWIE IN ESPERANTO

Amsterdam, den 27. Februar 1933

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

## Sonderbericht Nr. 15.

### Die oesterreichischen Eisenbahner im Kampfe gegen Faschismus und Kriegsgefahr.

(ITF) Vor mehreren Wochen hat die Aufdeckung der Tatsache, dass durch Oesterreich riesige Quantitäten von Infanteriegewehren und Maschinengewehren durch Ungarn geschmuggelt werden sollten, internationales Aufsehen erregt und die bestehenden diplomatischen Spannungen sehr verschärft. Diese Waffen - 50.000 Gewehre und 200 Maschinengewehre - sollten von einer italienischen Firma angeblich zu Reparaturzwecken nach Oesterreich gebracht werden, aber dann im reparierten Zustande nach Ungarn weitergehen. Schon der Transport nach Oesterreich wurde geheim durchgeführt, die Waffen wurden in der Hirtenberger Patronenfabrik eingelagert. Von der Hirtenberger Patronenfabrik sollten sie mit Lastautos über die nahegelegene ungarische Grenze gebracht werden. Der Generaldirektor der Hirtenberger Patronenfabrik ist der Finanzier der unter der Führung des Fürsten Starhemberg stehenden Heimwehrgruppe. Dem Waffentransport waren Reisen des Generaldirektors Mandl von der Hirtenberger Patronenfabrik und des Fürsten Starhemberg nach Rom und Budapest vorangegangen.

Die Aufdeckung des Waffentransportes führte zu heftigen diplomatischen Auseinandersetzungen, die schliesslich dank der Intervention der französischen und englischen Regierung in Wien und Budapest damit beendet wurden, dass sich die österreichische Regierung verpflichtete, die Waffen nach Italien zurückzusenden, während sich die italienische Regierung bereit erklärte, die Rücktransporte wieder zu übernehmen. Diese Vereinbarung wurde am 22. Februar von der österreichischen Regierung dem Hauptausschuss des österreichischen Nationalrates mitgeteilt. Die Rücksendung der Waffen sollte den internationalen Regierungen durch die Vorlage der Zollzertifikate nachgewiesen werden.

Angesichts der tiefgehenden Spannungen zwischen Italien-Ungarn einerseits und Frankreich-Kleine Entente andererseits, bedeutete dieser Waffenschmuggel die Gefahr, dass Oesterreich in diese aussenpolitischen Konflikte verwickelt werde, wogegen selbstverständlich die sozialdemokratische Partei aufs schärfste protestiert. Die Sozialdemokratische Partei forderte mit allem Nachdruck die strikte Aufrechterhaltung der österreichischen Neutralität gegenüber allen beteiligten Mächten und verwies auf die Gefahr, dass Oesterreich durch die Duldung dieses Waffenschmuggels zu einem Teilnehmer an den verschiedenen internationalen faschistischen Verschwörungen werde, welche jetzt Europa beunruhigen. In der Sitzung des Hauptausschusses des österreichischen Nationalrates vom 22. Februar wurde auch auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter die Regierung einstimmig beauftragt, in Hinkunft für die Einhaltung der striktesten Neutralität Oesterreichs Sorge zu tragen. Darüber hinaus stellte die sozialdemokratische Partei die Forderung, dass sämtliche Waffentransporte durch Oesterreich, gleichgültig an wen sie gerichtet seien, verboten werden mögen.

Ein Tag nach dem Beschluss des Hauptausschusses, am 23. Februar, wurde der Zentralsekretär der Freien Eisenbahnergewerkschaft, das Mitglied der Exekutive der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, Berthold König, vom Generaldirektor der Oesterreichischen Bundesbahnen Dr. Seefehlner zu einer persönlichen Aussprache gebeten. In dieser Besprechung übermittelte der Generaldirektor dem Genossen König folgenden Vorschlag:

Die Hirtenberger Waffen sollten trotz der Verpflichtung der österreichischen Regierung, sie nach Italien zurückzusenden, nach Ungarn weitergeleitet werden. Um dennoch den Anschein aufrechtzuerhalten, als ob die eingegangenen internationalen Verpflichtungen erfüllt worden wären, sollte folgendes Betrugsmanöver durchgeführt werden:

Die Waffen sollten in Waggons verfrachtet werden, welche als "leer" deklariert nach Ungarn rollen sollten. Verkehrstechnisch sollte der Transport durch eine "falsche Stollung der Geleise-wechsel" bei Wiener Neustadt abgewickelt werden. In der ungarischen Kopfstation, in Oedenburg, würden die Waggons unverzüglich entladen und dann als irrtümlich nach Ungarn instradiert, wieder nach Oesterreich zurückgesendet werden. Dann sollten leere Waggons nach Italien abgehen, welche aber mittels gefälschter Frachtdokumente als jene Waggons hingestellt werden sollten, in denen die Hirtenberger Waffen nach Italien zurücktransportiert wurden. Diese gefälschten Dokumente sollten den ausländischen Regierungen als Beweis vorgelegt werden, dass Oesterreich seine Verpflichtungen bezüglich der Rücksendung der Waffen erfüllt habe.

Der Generaldirektor erklärte dem Genossen König, dass er genau wisse, dass diese Schiebung nur gelingen könne, wenn das Eisenbahnpersonal daran mitwirke. Als Belohnung für die Mitwirkung bot er dem Genossen König für seine Organisation den Betrag von 150.000 Schilling an. Der Generaldirektor erklärte weiters, dass, wenn dieser Waffenschmuggel gelungen sei, der Waffentransport von Italien nach Ungarn zu einem laufenden Geschäft der Bundesbahnen werden würde.

Der Generaldirektor der Oesterreichischen Bundesbahnen hatte also dem Genossen König mitgeteilt, dass die am Vortag von der österreichischen Volksvertretung beschlossene strikte Neutralität durch ein kriminelles Betrugsmanöver aufs schwerste verletzt werden solle. Ausserdem sollte auch dieser Betrug an der österreichischen Regierung verübt werden, welche nach ihren glaubwürdigen Versicherungen von dem Angebot des Generaldirektors keine Ahnung hatte und daher nach dem Willen des Generaldirektors den ausländischen Regierungen gefälschte amtliche Dokumente als Beweis der Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen im guten Glauben vorgelegt hätte. Was dies für Oesterreich bedeutet hätte, wenn dann die ausländischen Mächte dennoch auf diesen Betrug gekommen wären, kann man sich kaum vorstellen.

An diesem hochverräterischen Akt sollte nun nach der Einladung des Generaldirektors die Freie Eisenbahnergewerkschaft mitwirken. Diese ungeheuerliche Zumutung wurde noch durch das Angebot einer Bestechungssumme von 150.000 S gekrönt.

Schon während der Unterredung erkannte Gen. König, dass die augenblickliche schroffe Ablehnung dieses Angebotes nur eine Warnung für den Generaldirektor bedeutet hätte, der dann versucht hätte, den Waffenschmuggel auf anderem Wege durchzuführen und im übrigen den Inhalt des ohne Zeugen geführten Gespräches selbstverständlich glatt abgeleugnet hätte. König erkannte, dass es sich darum handle, diese für Oesterreich und insbesondere für die österreichische Arbeiterschaft lebensgefährliche Schiebung ein für allemal zu verhindern und der Generaldirektor deshalb so behandelt werden müsse, dass ihm keine Möglichkeit offen bleibe, den geplanten Betrug zu bestreiten. König erklärte darum dem Generaldirektor, dass er ihm seine meritorische Antwort nachmittags erteilen würde.

König begab sich nach der Unterredung sofort ins Parlament, wo er in einer Sitzung des Präsidiums des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die von ihm unverzüglich einberufen wurde, Bericht über diesen ungeheuerlichen Vorschlag des Generaldirektors erstattete. In Gegenwart des Präsidiums führte nun König mit dem Generaldirektor ein stenographisch und protokollarisch festgehaltenes Telefongespräch, in dem er diesen unter Anführung der ausschlaggebenden Details der vorausgegangenen Unterredung verständigte, dass er ihm/Nachmittags seine Antwort übermitteln werde. Der Generaldirektor nahm dies zur Kenntnis und bemerkte noch, er werde ihm dann bei dieser Unterredung weitere Details mitteilen, die er ihm vormittags nicht sagen konnte, weil sie gestört worden waren. Damit war die Tatsache des beabsichtigten Waffenschmuggels vor Zeugen festgestellt worden. /am

König erklärte nun nachmittags dem Generaldirektor in aller Kürze, dass er und die Gewerkschaft die Beteiligung an diesem Betrugs, der ein gegen Oesterreich gerichtetes Verbrechen darstelle, ablehnen. Gleichzeitig teilte er ihm mit, dass die sozialdemokratische Parteileitung die Regierung von dem Vorschlage des Generaldirektors in Kenntnis setzen werde.

Erst auf diese Mitteilung hin hat der Generaldirektor, wie das Regierungsorgan, "Die Reichspost", mitgeteilt hat, den Bundeskanzler durch eine Mittelsperson von seinen Plänen informiert. Inzwischen hatte aber schon die Regierung durch die sozialdemokratische Partei von der Unterredung König-Seefehlner Kenntnis erhalten.

Der nun sofort zur Regierung vorgeladene Generaldirektor musste dort auf Befragen das Wesentliche eingestehen. Daraufhin wurde er sofort beurlaubt und in einer ausserordentlichen Sitzung des Ministerrates am nächsten Tage seines Amtes enthoben.

Diese unerhörte Affaire hat begreiflicherweise in der österreichischen Oeffentlichkeit ungeheures Aufsehen und Entrüstung hervorgerufen. In der am Freitag, den 24. Februar stattgefundenen Sitzung des Nationalrates wurde sie auch in einer stürmischen Debatte parlamentarisch erörtert. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Deutsch betonte, dass der bisherige Generaldirektor zweifellos nicht auf eigene Faust gehandelt habe, sondern dass hinter ihm die Führer der Heimwehr stehen. Der Generaldirektor Mandl mit dem Fürsten Starhemberg waren schon vorige Woche nach Rom gefahren; die Hirtenberger Waffen werden von Angehörigen der Heimwehr bewacht. Gegenüber dem am gleichen Tage in einer Wiener Zeitung veröffentlichten Ablehnungsversuch des Generaldirektors stellte Dr. Deutsch fest, dass das Telephongespräch, welches König mit Seefehlner vor Zeugen geführt habe, ein vollständiger Beweis der Schuld des früheren Generaldirektors ist. Dr. Deutsch erklärte namens der sozialdemokratischen Partei, dass diese sich mit der Amtsenthebung Seefehlners nicht begnüge, sondern die Einleitung der strafgerichtlichen Untersuchung gegen Seefehlner und seine Hintermänner verlange.

Auch einem zweiten, einen Tag später veröffentlichten Ablehnungsversuch Seefehlners kann es nicht gelingen, den Beweis seiner Schuld irgendwie zu erschüttern, da selbst er in diesem Rechtfertigungsversuch zugeben muss, dass er mit König über Waffentransporte gesprochen hat und sich hiebei der Verschwiegenheit und Diskretion des Eisenbahnpersonals versichern wollte.

Durch das energische und geistesgegenwärtige Einschreiten des Gen. König ist so nicht nur die geplante illegale Verschiebung der Hirtenberger Waffen nach Ungarn vereitelt worden, sondern es wurde dadurch auch der künftige Missbrauch Oesterreichs durch Teilnahme an den faschistischen Kriegsvorbereitungen in Mitteleuropa zweifellos ausserordentlich erschwert.